

Die Ameise

Deutsche
Bücherei
Leipzig

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 1

Charlottenburg, Freitag, den 4. Januar 1918

Jahrg. 45

Rückblick und Ausblick.

Ein schweres Jahr liegt hinter uns. Ein Jahr des Krieges, der größten Not und Entbehrungen. Mit der Sorge um die im Felde kämpfenden Familienangehörigen, mit der Trauer und dem Schmerz um die Gefallenen verband sich der von Tag zu Tag schwerer werdende Kampf um die nackte Existenz, das ist das Signum, das dem abgelaufenen Jahre aufzudrücken ist. Für die Porzellanarbeiter brachte das abgelaufene Jahr wohl die längst erwünschte vermehrte Arbeitsgelegenheit, damit aber noch lange nicht die sehnlichst erwartete Erleichterung im Existenzkampf. Vor Schluß des Jahres 1916, nachdem die günstige Konjunktur in der Porzellanindustrie merkbar in Erscheinung trat, machte unser Vorstand den Versuch, durch zentrale Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation eine Erhöhung der Löhne herbeizuführen, wie sie durch die ins Maßlose gestiegene Verteuerung des Lebensunterhaltes gerechtfertigt und erforderlich, durch die Erhöhung der Verkaufspreise für die Erzeugnisse der Porzellanindustrie auch möglich geworden war. Die Unternehmerorganisation lehnte es ab, diesem Verlangen zu entsprechen, mit der Begründung, daß sie nicht bevollmächtigt sei, im Namen ihrer Mitglieder zu handeln. Zudem, bemerkte sie, sind die Unternehmer ohnehin bereit, für ihre Arbeiter zu tun, was möglich wäre. Nun, wie das Letztere in der Praxis ausgesehen hat, brauchen wir heute, nachdem ein Jahr darüber hingegangen, unsern Kollegen nicht mehr zu sagen. Es haben wohl eine Reihe von Unternehmern Steuerzuschläge gewährt, auch wiederholt die Steuerzuschläge erhöht, aber niemand wird behaupten wollen, daß eine Erhöhung der Löhne in dem Maße erfolgt wäre, wie sie bei dem günstigen Stande der Porzellanindustrie gewährt werden konnte und bei der horrenden Steuererhöhung notwendig gewesen wäre. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in der Porzellanindustrie mußte sich demzufolge im abgelaufenen Jahre weiter verschlechtern und dürfte auf einem Niveau angekommen sein, von dem man sagen kann, daß ein weiteres Abwärts nicht mehr möglich und denkbar ist.

Die Arbeiterorganisationen aller Richtungen machten im Anfang des Jahres 1917 den Versuch, durch eine Eingabe an die zuständigen Regierungsstellen den Piraten auf dem Lebensmittelmarkt das Handwerk zu legen, dem unverschämten Lebensmittelwucher zu steuern. Die Forderungen der Organisationen der Arbeiter und Angestellten gipfelten darin, sämtliche vorhandenen Lebensmittelvorräte beim Erzeuger zu beschlagnahmen und für eine möglichst gleichmäßige Verteilung zu sorgen. Heute kann konstatiert werden, daß auch in dieser Beziehung alles beim alten geblieben, der Wucher auf dem Lebensmittelmarkt, der Schleichhandel lippiger in der Blüte steht, als jemals zuvor. Daß darunter die Porzellanarbeiter bei einem Lohneinkommen, das in geradezu schreiendem Mißverhältnis zu den Lebensmittelpreisen steht, am allerschwersten zu leiden haben, braucht nicht besonders nachgewiesen zu werden.

Von Lohnbewegungen und Lohnkämpfen, wie solche in den Zeiten vor dem Kriege geführt werden mußten, konnte naturgemäß auch im abgelaufenen Kriegsjahre nicht die Rede sein, abgesehen von Plänkelleien kleineren Umfangs, die nicht zu vermeiden waren. Die Bemühungen um Erhöhungen der Löhne, bzw. um Gewährung von Steuerzuschlägen führten aber teilweise, im besonderen im Gaubezirk Oberfranken und Oberpfalz, zu einer gemeinschaftlichen Stellungnahme. Am

15. Juli fand in Marktredwitz eine Konferenz der Zahlstellen dieses Bezirkes statt, auf der ein einheitliches und geschlossenes Vorgehen in die Wege geleitet wurde. Dieses Vorgehen, das infolge der Stellungnahme der Unternehmer heute noch nicht abgeschlossen und über den ursprünglichen Rahmen hinausgedrängt wurde, dürfte die Kollegen auch im neuen Jahre noch längere Zeit beschäftigen.

Eines der wichtigsten Vorkommnisse in unserm Verbandsorgan war die Wiederinkraftsetzung des Statuts, soweit es infolge der Kriegsereignisse im August 1914 außer Kraft gesetzt wurde. Die teilweise Erhöhung der Beiträge, die für einen Teil der Mitglieder damit verbunden war, mußte bei aller Anerkennung der bedrängten Lage, in der sich der größte Teil der Mitglieder befindet, dabei in den Kauf genommen werden. Es gibt noch andere Berufe, deren Angehörige sich ebenfalls in keiner beneidenswerten Lage befinden, die aber trotzdem nicht nur die alten statutarischen Beiträge von den Mitgliedern der beruflichen Organisation erforderten, sondern darüber hinaus die Beiträge erhöhten, Extrabeiträge zur Einführung brachten, besondere Kampffonds gründeten, um mit Beendigung des Krieges allen Eventualitäten gewachsen zu sein. In einer Reihe anderer Organisationen ist die Frage aufgeworfen, zum Teil schon zur Entscheidung gestellt und gebracht worden, ob in Anbetracht des gesunkenen Geldwertes, der verminderten Kaufkraft des Geldes nicht eine Erhöhung der Unterstützungen ins Auge zu fassen sei. Selbstverständlich konnte aber in allen in Betracht kommenden Verbänden nicht eine Heraufsetzung der Unterstützung erfolgen ohne gleichzeitig die Beiträge zu erhöhen. Für die vermehrten Ausgaben, die dadurch entstehen, muß Deckung durch erhöhte Einnahmen geschaffen werden. Wenn in unserm Verbandsorgan bisher nur der Anspruch an die Mitglieder erhoben wurde, ihrem tatsächlich erzielten Verdienst entsprechend die Beiträge auf Grundlage unseres Statuts zu entrichten, um der Anspruchsberechtigung in den entsprechenden Unterstützungsklassen teilhaftig zu werden, so darf wohl gesagt werden, daß solches Ansinnen nicht als zu weitgehend betrachtet werden kann. Jedes Verbandsmitglied, das auch nur einiges Verständnis für die Erfordernisse der gegenwärtigen und der voraussichtlich notwendig werdenden in der kommenden Zeit entgegen zu bringen vermag, wird mit uns darin übereinstimmen, daß nicht zeitig genug vorgesorgt werden kann.

Unter dem Zeichen drohender scharfer Kämpfe auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens ist das vergangene Jahr zur Rüste gegangen. Es sei hier nur erinnert an den Kampf um das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zum preussischen Landtage, der in den letzten Wochen des zu Ende gegangenen Jahres mit aller Schärfe entbrannt ist und im begonnenen Jahre fortgeführt und zu Ende gebracht werden muß.

Dieser Kampf ist nicht nur eine Angelegenheit der preussischen, sondern der deutschen Arbeiterschaft im allgemeinen. Der preussische Landtag, Abgeordnetenhauses wie Herrenhaus, ist der Sitz aller Reaktion in Deutschland. Hier haben alle vollenfeindlichen Kräfte in einer wohlverschanzten Burg sich zusammengelagert. Die Kugeln der heutigen Wirtschaftsweise, das Kraut- und Schlotjunktum, die heute im fast alleinigen Besitze der politischen Macht sind, machen in diesem Reichsparlament den unbeschränkten Gebrauch davon. Jeder Fortschritt, insbesondere auf wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Gebieten findet im preussischen Landtag den zähesten Wider-

stand. Die Aufrechterhaltung eines Zustandes, in dem die Staatsbürger bei Zurechnung der politischen Rechte lediglich nach der Schwere des Geldsacks gewogen werden, ohne Rücksicht darauf, welchen Wert sie sonst für das Wohl des Staatsganzen haben, kann nach den Erfahrungen dieses Krieges, nach den Leistungen der Arbeiterschaft in diesem Kriege unmöglich aufrecht erhalten werden. Die deutschen Arbeiter sind wahrlich nicht in den Krieg gezogen, um die Vorrechte und Privilegien des preussischen Junkertums aufrecht zu erhalten. Daß die heute im Staate Bevorrechteten und Privilegierten freiwillig auf ihre Macht und Vorrechte verzichten werden, wird auch niemand von uns erwarten. Die Arbeiterschaft muß aber den Kampf auf der ganzen Linie aufnehmen, in der Ueberzeugung, daß der Erfolg nicht versagt bleiben kann, je einheitlicher und geschlossener dieser Kampf geführt wird. Da gilt es mehr denn je, die Organisationen zu stärken, um auch jenen zu zeigen, daß die Arbeiterschaft begriffen hat, was notwendig ist, daß sie nicht mehr länger gewillt ist, das Aischenbrödel der heutigen Gesellschaft zu sein. Mit dem Kampfe um das gleiche Wahlrecht in Preußen nimmt die Arbeiterschaft gleichzeitig den Kampf auf für ein freies und unbeschränktes Koalitionsrecht, für die Fortführung und den Ausbau der Sozialpolitik, für die Zurechnung der gleichen politischen und wirtschaftlichen Rechte für die Frauen, deren Bedeutung für das Wirtschaftsleben, für das Wohl des Volksganzen niemals vorher so deutlich in die Erscheinung getreten als während dieses Krieges. Es sei hierbei auch erinnert an das Arbeitskammergesetz, das von den Vertretern der organisierten Arbeiterschaft von den gesetzgebenden Körperschaften gefordert worden ist, an dessen Gesetzgebung in dem Sinne, wie es im Entwurf von den Vertretern der Arbeiter ausgearbeitet wurde, die Arbeiterschaft das allergrößte Interesse hat.

Wer seinen Blick in die Zukunft schweifen läßt, wird erkennen, daß das begonnene Jahr die größten Anforderungen an die Arbeiterschaft stellen wird. Können wir Porzellanarbeiter zurückstehen, wo es gilt, im Interesse der Gesamtarbeiterschaft alle Kräfte aufzubieten?

Wer nur auch noch einen Funken von Selbstachtung sich zu bewahren wußte, wird mit uns sagen: Nein — niemals. Das bekannt gewordene lateinische Wort: *Tua res agitur* (Um deine eigene Sache handelt es sich) muß auch hierbei von den Porzellanarbeitern als richtig erkannt werden.

Also Kampf auf allen Gebieten, Kampf gegen überlebte und schädlich gewordene politische Einrichtungen, Kampf für staatsbürgerliche Freiheiten und Gleichberechtigung, Kampf gegen die schlimmsten Auswüchse des heutigen Wirtschaftssystems, gegen den Wucher und gegen die Ausplünderung der breiten Volksmassen, Kampf für ein aller Fesseln entledigtes Koalitionsrecht, das ist es, was der Arbeiterschaft in erhöhtem Maße im begonnenen Jahre bevorsteht. Noch tobt der Weltkrieg nach 3½ Jahren Dauer ungehemmt weiter. Aber im Osten dämmert die Morgenröte des Friedens heraus. Hoffentlich erfüllt sich unser aller heißes Sehnen, daß das neue Jahr uns endlich den Frieden bringen, die erschöpften Völker zur Ruhe kommen lassen möchte, um ihren eigensten Aufgaben sich wieder zuwenden zu können. Daß für uns deutschen Arbeiter von einer Ruhe im eigentlichen Sinne, von einem Ausruhen von den Strapazen und den Entbehrungen der Kriegszeit nicht die Rede sein kann, haben wir in vorstehenden Zeilen gezeigt.

In dem Augenblicke, in dem wir in der Lage sind, die Reihen unserer Organisationen durch die aus dem Felde zurückkehrenden Genossen verstärken zu können, werden wir mit vermehrten Kräften den Kampf für unsere eigensten Interessen führen. Alle diejenigen aber, die heute schon die Möglichkeit haben, unsere Reihen verstärken zu können, haben die unbedingte Verpflichtung zu erfüllen, sich ungesäumt unseren wirtschaftlichen und politischen Organisationen anzuschließen.

Die Mitglieder unserer Verbände müssen es als ihre dringendste Pflicht betrachten, in den Kreisen der unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen das Verständnis zu wecken zu suchen, für die Aufgaben, deren Erfüllung unserer harret. Die harte Mitgliederzunahme in allen Gewerkschaftsorganisationen läßt darauf schließen, daß die Arbeiterschaft anderer Berufe begriffen hat, worauf es ankommt, in welchem Maße sich die Macht der Arbeiterschaft steigern läßt, um das zu erreichen, was unbedingt erreicht werden muß. Die organisierten Porzellanarbeiter haben nunmehr für ihren Teil dafür zu sorgen, daß es auch in unserm Berufe anders wird, als es bisher war, daß die Vorbedingungen geschaffen werden, um die bevorstehenden Kämpfe erfolgreich bestehen zu können. Stärkt

unsern Verband, führt unserm Verbands so viel als nur immer möglich, neue Mitglieder zu, das ist das erste Erfordernis um gewappnet zu sein.

Die Lohnbewegungen der freien Gewerkschaften im Jahre 1916.

Die während des Kriegszustandes eingetretene abnorme Steigerung der Kosten für die Lebenshaltung bzw. die starke Entwertung des Geldes mußte naturnotwendig Forderungen auf Erhöhung des Lohnes zur Folge haben. Der bei Beginn des Krieges proklamierte Burgfrieden konnte auch für die Arbeiter nicht bedeuten, daß sie sich während der Dauer des Krieges jedes Anspruchs auf Wahrung ihrer Lebensinteressen zu enthalten hätten. Es konnte sich dabei nur um die Wahl der Art der Wege und Mittel handeln, die zur Geltendmachung berechtigter Ansprüche zu betreten und zu ergreifen waren. Die Gewerkschaften haben denn auch bei der Vertretung ihrer Forderungen dem schweren Kampfe, den Deutschland um seine politische und wirtschaftliche Existenz zu führen hat, durchaus Rechnung getragen und es auf Machtproben nicht ankommen lassen, obschon die Situation zur Durchführung wirtschaftlicher Kämpfe den Arbeitern günstig war. Die von der Generalkommission veröffentlichte Statistik über die im Jahre 1916 von den Zentralverbänden geführten Lohnbewegungen kann als ein Beweis für die besonnene Haltung der Gewerkschaften bei ihren Lohnkämpfen angesehen werden.

Es sind an dieser Statistik 28 Verbände beteiligt. Die 28 Verbände hatten zusammen im Jahre 1916: 6991 Bewegungen die sich auf 20778 Orte, 56947 Betriebe mit 191038 Beschäftigten erstreckten. An den Bewegungen beteiligt waren 1484833 Personen, darunter 394698 weibliche. Von allen Bewegungen verliefen 6849 = 98 Proz. friedlich und nur in 142 Fällen kam es zur Arbeitseinstellung, von der nur 1 Proz. aller Beteiligten betroffen wurde. An Zahl der Bewegungen überragt das Kriegsjahr 1916 die letzten beiden Vorjahre ganz erheblich und an Zahl der Beteiligten steht es von allen Berichtsjahren seit 1905, wo erstmalig die Erhebungen auch auf die friedlich verlaufenden Bewegungen ausgedehnt wurden, an erster Stelle. Von den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung waren 6330 Angriffs- und 269 Abwehrbewegungen; an den ersteren waren 1434775 und an den letzteren 15419 Personen beteiligt.

Angriffsstreiks wurden 111 und Abwehrstreiks 28 geführt. An diesen Streiks nahmen 11520 männliche und 1084 weibliche zusammen 14504 Personen teil. Bei 108 Angriffsstreiks handelte es sich nur um Lohnforderungen und bei drei kam außerdem noch geforderte Arbeitszeitverkürzung in Frage. Zu Aussperrungen kam es in drei Fällen und wurde davon nur der Holzarbeiterverband mit 135 Beteiligten betroffen. Die Gesamtausgabe für alle Bewegungen betrug 149380 M., davon kamen 67354 M. auf Streiks und Aussperrungen. Die Arbeitseinstellungen waren im Durchschnitt nur von kurzer Dauer.

Von allen diesen Bewegungen, ohne und mit Arbeitseinstellung, wurden 6842 durch Vergleichsverhandlungen beigelegt, davon 27 unter Mitwirkung von Militärbehörden.

Im allgemeinen war der Ausgang der Bewegungen im Jahre 1916 in der gleichen Weise erfolgreich als die im Vorjahre geführten, nur 64 Bewegungen mit 5600 Beteiligten hatten keinen Erfolg.

Durch die im Jahre 1916 geführten Bewegungen haben insgesamt 1447032 Personen eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erreicht bzw. eine Verschlechterung derselben abgewehrt. Davon erzielten 1206891 Personen eine Lohn-erhöhung im Gesamtbetrage von 5173684 M. pro Woche; im Durchschnitt 4,29 M. pro Person. Dieser Erfolg übersteigt bei weitem das Ergebnis aller Berichtsjahre seit dem Jahre 1905. Die Erfolge an Arbeitszeitverkürzung sind nur gering. In 1413 Fällen kam es anlässlich der Bewegungen zu Tarifabschlüssen, die zusammen für 209454 Personen Geltung haben.

So erheblich der Gesamtbetrag der erreichten Lohnerhöhung auch erscheinen mag, so unzulänglich ist sie gemessen an den enormen Teuerungsverhältnissen. Es wäre verwegen, zu behaupten, daß damit auch nur annähernd ein Ausgleich gegenüber der verteuerten Lebenshaltung erfolgt wäre. Die Statistik gibt allerdings auch kein erschöpfendes Bild der im Jahre 1916 erzielten Erfolge. Eine ganze Reihe von Vorgängen, die zu Lohnaufbesserungen führten, die in der Form von

erungszulagen gewährt wurden, ließen sich nicht als gelassene, von den Verbänden zur Durchführung gebrachte Bewegungen charakterisieren und statistisch erfassen. Die durch das Betreiben der Gewerkschaften erzielten Lohnaufbesserungen sind in Wirklichkeit erheblich umfangreicher als sie zahlenmäßig nachgewiesen werden können. Der Erfolg, den die Gewerkschaften durch ihre Bewegungen auch während der Kriegszeit für ihre Mitglieder erzielten, darf nicht unterschätzt werden. Er zeigt die Macht und den Einfluß der Gewerkschaften, die der Kriegszustand nicht zu erschüttern vermag. Die Durchführung der Bewegungen erforderte ein großes Maß an Arbeit, die geleistet werden mußte mit ansehnlich geschwächten leitenden Kräften und neben einer Fülle von sonstigen durch den Kriegszustand bedingten wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben.

Schaut um Euch!

Schaut um Euch, erkennet und handelt! Dieser Mahnruf muß jetzt mit besonderer Eindringlichkeit an die Arbeiterschaft und vor allem auch an unsere Berufsangehörigen gerichtet werden. Es gilt alle um die tägliche Notdurft und Nahrung arbeitende auf die Umstände und Tatsachen aufmerksam zu machen, die auf die Lebenshaltung jetzt und künftig Einfluß haben, und sie zu veranlassen mitzuwirken, damit die schädlichen Einwirkungen nach Möglichkeit gemildert und dadurch das Leben erträglicher gestaltet wird.

Schon vor dem Kriege standen bei einem großen Teil der Arbeiterschaft die Löhne und die Kosten der Lebenshaltung im starken Mißverhältnis zu einander. Trotz angestrengtester Arbeitsleistung niedrige Entlohnung. Wegen der geringen Einnahmen mußten die Ausgaben noch unter das zum Ersatz für die bei der Arbeit verbrauchten Kräfte und für die Weiterentwicklung des Körpers erforderliche Maß eingeschränkt werden. Das war noch immer die Signatur bei vielen Arbeitern. Noch viel ungünstiger haben sich die Verhältnisse während des Krieges gestaltet. Die Preise für alles, was zum Leben notwendig, sind rapid gestiegen. Nicht nur das, was wir essen und trinken, sondern auch alles das, was wir außerdem noch brauchen, Bekleidung, Wohnung und alle Möbel und Gerätschaften kosten jetzt viel mehr. Wie gering ist dagegen die Steigerung der Löhne, besonders in den Industriezweigen, die nicht direkt für den Krieg produzieren. Ist es doch Tatsache, daß manche Arbeiter wegen zu geringen Verdienstes nicht einmal die wenigen Lebensmittel, die jetzt durch die Rationierung auf sie entfallen, erwerben können. Und selbst die von den Unternehmern und ja auch von unvernünftigen Arbeitern so viel beschrienen Löhne der Munitions- und Rüstungsarbeiter können nicht über den Raubbau hinwegtäuschen, dem die Körperkräfte dieser Arbeiter ausgesetzt sind. Bei weitem kann durch diese Löhne nicht ausgeglichen werden, was an Gesundheit dafür geopfert werden muß.

Jetzt, wo man auf recht baldigen Frieden rechnet, ist es angebracht zu untersuchen, wie sich die Verhältnisse nach Friedensschluß gestalten werden. Es wäre grundverkehrt, mit der Wiedertehr des Friedens auch auf eine Wiedertehr der Friedenspreise zu rechnen. Wir haben auch dann noch für unabsehbare Zeit Mangel an Lebensmitteln und Rohprodukten, sodaß der Bedarf die verfügbare Menge noch weit übersteigt. Die Welt ist eben leider kein märchenhaftes „Eisland des Nordens“. Nur langsam nimmt die Spannung zwischen Nachfrage und Angebot ab. Monate vergehen, bevor die Kriegs- in Friedenswirtschaft umgeleitet ist. Dabei wirkt die während des Krieges eingetretene Verminderung des Frachtraumes zu Wasser und zu Lande sehr hemmend. Das wird sich besonders stark auch bei der Zuführung von Lebensmitteln aus anderen Ländern fühlbar machen. Alles in allem gerechnet muß man sich damit vertraut machen, daß sich die Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel nur ganz langsam von der jetzt schwindelhaften Höhe abwärts bewegen und es vergehen noch Jahre, bevor sie, gemessen an den Preisen vor dem Kriege, als einigermaßen normal bezeichnet werden können. Es ist sogar sehr wahrscheinlich, daß viele Artikel durch die Einwirkung von Syndikaten und Monopolen nur ganz wenig, oder auch gar nicht unter den jetzigen Preis sinken.

Es kommt außerdem für die Lebenshaltung der Arbeiterschaft nach dem Kriege noch ein weiteres in Betracht: die Steuerfrage. Bis jetzt läßt sich noch garnicht übersehen, wie groß die durch den Krieg verursachte Schuldenlast des Reiches sein wird. Schon über 100 Milliarden sind durch den Reichs-

tag Kredite bewilligt. Und noch ist garnicht abzusehen, was noch benötigt wird. Es sei hier nur an den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und an die Versorgung der Kriegsinvaliden und Witwen und Waisen erinnert. Dazu kommt noch eine stärkere Verschuldung der Bundesstaaten und Gemeinden. Schon vor dem Kriege, als es nur rund 5 Milliarden Reichsschulden zu verzinsen galt, lastete der Steuerdruck schwer auf den unteren Volksschichten. Noch steht nicht endgültig fest, auf welche Weise die Behörden die Mittel zur Verzinsung und Abtragung dieser vervielfachten Schuldenlast aufzubringen gedenken, doch soviel ist im voraus sicher: Bei der Verteilung dieser Lasten wird man die Arbeiterschaft viel reichlicher bedenken, als bei der Verteilung von Rechten.

Rechnen wir also damit, daß, wenn selbst ein Teil der Artikel im Preise sinkt, eine Verbilligung der Lebenshaltung insgesamt in absehbarer Zeit nicht eintritt. Es ist daher eine dringende Notwendigkeit, für größere Einnahmen, höhere Löhne Sorge zu tragen.

Die Unternehmer, in erster Linie auch die Porzellanfabrikanten, haben es verstanden, die Verkaufspreise während des Krieges ganz bedeutend zu erhöhen. Leider hat mit der Erhöhung der Verkaufspreise die Erhöhung der Arbeitslöhne nicht im entferntesten Schritt gehalten. Wir kennen die Ursachen dieses Übels. Die Erfahrung hat gelehrt, daß Lohnerhöhungen nur durch die Geschlossenheit der Arbeiterschaft, durch eine starke Organisation erreicht werden können. An dieser Erkenntnis mangelt es aber in den Kreisen unserer Kollegen und Kolleginnen noch vielfach.

An diesen liegt es, wenn noch nicht in allen Betrieben zum Ausgleich der Teuerung Lohnverbesserungen durchgeführt werden konnten und die in anderen Betrieben erreichten Zugeständnisse noch ungenügend sind. Und an diese lauen und noch abseits stehenden Kollegen und Kolleginnen richten wir mit besonderem Nachdruck den Mahnruf: Schaut um Euch und erkennet, was um Euch vorgeht! Zieht aber auch aus Euerer Erkenntnis den richtigen Schluß. Handelt künftig so, daß Ihr zur Besserung der Lohnverhältnisse in unserem Berufe mitwirkt. Tretet Euerer Berufsorganisation bei und übt volle Pflichterfüllung gegen sie. A. K.

Aus unserem Berufe.

„Der Sprechsaal“, das offizielle Organ des Verbandes keramischer Gewerke sowie aller sonstigen Unternehmer-Organisationen der keramischen Industrie, erinnert in seiner Nr. 52 vom 28. Dezember daran, daß er auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken kann. Im Jahre 1867 von einem Steingutdreher, Jakob Franz Müller aus Mettlach, zu dem Zwecke begründet, um den gelernten Arbeitern, den Drehern und Malern, ein Bindemittel und Diskussionsorgan zu schaffen, sollte es aber auch gleichzeitig den Unternehmern zur Verfügung stehen. Die Wahrung rein fachlicher Interessen in Gemeinschaft mit den Unternehmern mußte aber an dem Widerstreit zwischen Kapital und Arbeit bald Schiffbruch leiden. Die Unternehmer verstanden es recht bald, das Blatt in den alleinigen Dienst ihrer Interessen zu stellen, in dem es bis auf den heutigen Tag geblieben ist.

Die gegenwärtige, außergewöhnlich günstige Lage in der feinkeramischen Industrie kennzeichnet nachstehende Notiz in „Bruhns Fachblatt“:

Für Haushaltsgegenstände wie auch für Luxusware aus Porzellan und Steingut ist die Nachfrage gegenwärtig derart lebhaft, wie es bisher noch kaum jemals der Fall war. Die Hersteller sind außerstande, diesem stürmischen Begehre einigermaßen gerecht zu werden. Viele Fabriken nehmen überhaupt nur mehr Bestellungen ihrer bisherigen Kundschaft entgegen, um wenigstens deren Bedarf ziemlich decken zu können. Bei allen Abschläffen wird ausdrücklich Lieferungs-möglichkeit vorbehalten. Die meisten Fabriken sind, wie der „Kölnischen Volkszeitung“ geschrieben wird, bereits für das ganze Jahr 1918, verschiedene sogar für 1919 mit Aufträgen versehen. Die Preise richten sich auch bei langfristigen Lieferungen nach den zum Zeitpunkt der Lieferung geltenden Sätzen. Beachtenswert für das Vertrauen, das man im verbündeten und neutralen Ausland in Deutschlands Wirtschaftskraft und die Leistungsfähigkeit seiner Fabriken setzt, ist die Tatsache, daß namentlich von dort sehr viele langfristige Aufträge ohne Rücksicht auf die Gestaltung der Preise eingehen.

Die Majolikafabrik in Cadinen, die bekanntlich dem deutschen Kaiser gehört, hat wegen Kohlenmangel den Betrieb eingestellt.

Bonn. Sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen in der Steingutfabrik von Wessel wurde zu Weihnachten eine besondere Gratifikation gewährt in Höhe eines Verdienstes von 14 Tagen.

Selb-Plößberg. Die Porzellanfabrik von Jakob Zeidler & Co. ist durch Kauf in den Besitz der Firma Rosenthal in Selb übergegangen. Die „Zusammenlegung“ von Betrieben in der Porzellanindustrie macht, wenn auch nicht auf Grund des Hilfsdienstgesetzes, so doch auf Grund der kapitalistischen Entwicklung rapide Fortschritte. Wenn dieser Entwicklungsprozess in dem eingeschlagenen Eiltempo weitergehen dürfte in nicht allzulanger Zeit eine Handvoll Kapitalisten die gesamte deutsche Porzellanindustrie in der Hand haben. Die „hohen Verdienste“, die in der Porzellanindustrie erzielt werden, wirken anreizend auf die Besitzer von Kapitalien, die ihre Gelder nicht gewinnbringender anlegen können, als im Erwerb von Aktien von Porzellanfabriken.

Sophienau. Die Direktion der Porzellanfabrik in Sophienau bei Charlottenbrunn macht durch Anschlag bekannt, daß die Teuerungszulagen um 5 Proz. erhöht werden, und zwar ab 1. Januar 1918. Etlichen im Tagelohn Beschäftigten wurden Lohnaufbesserungen gewährt.

Vermischtes.

Der Achtstundentag in Ecuador. Ende November 1915 hat die südamerikanische Republik Uruguay den gesetzlichen Achtstundentag eingeführt, und im September 1916 ist ihr die Schwesterrepublik Ecuador mit dem gleichen Gesetz gefolgt. Es bestimmt, das kein Arbeiter zu mehr als achtstündiger täglicher Arbeitszeit gezwungen werden darf. Ueberzeitarbeit muß mit einem Lohnzuschlag von 20 Proz., Nachtarbeit zwischen 6 Uhr abends und 12 Uhr nachts mit einem solchen von 50 Proz. und Nachmittagsarbeit mit 100 Proz. bezahlt werden. Sonntagsarbeit ist verboten. Für die Auflösung des Arbeitsverhältnisses ist eine 30tägige Kündigungsfrist vorgesehen, und deren Nichteinhaltung macht den schuldigen Teil schadenersatzpflichtig.

Volksfürsorge. Am 16. Dezember sind fünf Jahre verfloßen seit der Gründung der Volksfürsorge, die am 16. Dezember 1912 erfolgte.

Der 40. Monat des Weltkriegs war in bezug auf das Neugeschäft nicht nur während des laufenden Jahres, sondern während der ganzen Dauer des Krieges weitaus das ertragreichste. Es wurden eingebracht im ganzen 4277 neue Anträge; davon waren 3969 für Kapitalversicherungen (Tarife I bis IVa) mit einer Halbmonatsprämie von 3424 M. und einer Versicherungssumme von 1031973 M., für Spar- und Risikoversicherungen 308 neue Anträge. Bis Ende November waren demnach im ganzen 34633 neue Anträge zu bearbeiten, gegen 21414 im gleichen Zeitraume des Vorjahrs.

Wer kann von der Front reklamiert werden? Der lange harte Krieg hat allen Staatsbürgern schwere Opfer auferlegt. Um die am schwersten getroffenen Familien vor weiteren Schlägen möglichst zu bewahren, befiehlt der Kaiser, daß, abgesehen von den Berufssoldaten, der ständigen feindlichen Einwirkung nicht ausgesetzt sind: 1. der als einziger verbliebene Sohn einer Familie, von der bereits zwei oder mehrere Söhne gefallen oder infolge der während der Kriegsdienstleistung erlittenen Verwundung, infolge der Kriegstrapagen oder infolge einer während der Kriegsdienstleistung zugezogenen Krankheit gestorben sind; 2. Väter von sechs oder mehr unversorgten Kindern, zu deren Unterhalt sie zu sorgen haben.

Kollegen!

Kolleginnen!

Eure einzige Stütze in dieser schweren Zeit ist Euer Verband. Den Verband zu stärken, ist Euer erste Pflicht. Werbt unablässig neue Mitglieder für den Verband.

Versammlungs-Anzeigen.

Bonn. Sonntag, den 6. Januar, abends 5 Uhr, im Volkshaus, Saale 13, Neuwahl der Verwaltung.

Berlin. Sonnabend, den 5. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Schildergasse 21, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21.

Charlottenburg. Sonnabend, den 12. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 4. Quartals-Abschluß.

Totenliste unserer im Felde stehenden Kollegen.

Christoph Stöhl, Dreher, geboren am 6. Oktober 1895 in Arzberg, an einer tödlichen Krankheit gestorben am 8. Dezember 1917 im Reservelazarett Bayreuth.

Fritz Schöffel, Schleifer, geboren am 13. Mai 1894 in Arzberg, in einem Kriegslazarett an Krankheit verstorben am 9. Oktober 1917.

Alexander Lutsche, Maler, geboren am 1. Dezember 1899 in Stadtilm, gefallen infolge Kopfschuß bei einem Sturmangriff am 30. November 1917.

Die Vorgenannten waren Mitglieder der Zahlstelle Arzberg. Ehre ihrem Andenken!

Sterbetafel.

Langenau. Arthur Köfler, Glasurer, geboren am 16. Juli 1859 in Langenau, gestorben am 11. Dezember an Darmleiden. Mitglied seit 1913.

Unterweißbach. Hermann Schwabe, Maler, geboren am 5. Februar 1878 in Unterweißbach, gestorben am 18. Dezember an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1907.

Bwidau. Paul Täubert, Dreher, geboren am 8. März 1869 in Reudnitz, gestorben am 9. Dezember an Herzschwäche und Unterernährung. Mitglied seit 1889.

Ehre ihrem Andenken!

Ullwasser, Niedersalzbrunn.

Unsere Lohnbewegung.

Mit dieser Tagesordnung finden folgende Mitgliederversammlungen statt:

Sonnabend, den 5. Januar, nachmittags 4 Uhr, in Niedersalzbrunn, Restaurant „Zum Repter“, für die Firmen Franke und Ohme.

Montag, den 7. Januar, abends 6 Uhr, in Ullwasser, Gasthof zum „Deutschen Kaiser“, für die Firma Tielisch.

Referent in allen Versammlungen ist Gauleiter Martin Hirsch-Bad-Salzbrunn.

Es ist nicht nur Pflicht aller Mitglieder, vollzählig zu diesen äußerst wichtigen Versammlungen zu erscheinen, sondern außerdem noch alle Unorganisierten als Gäste mitzubringen. Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.

Arbeitsmarkt.

Einen tüchtigen Unterglasurmaler

stellt sofort ein

Porzellan-Manufaktur Burgau,
Ferdinand Selle,
Burgau bei Jena, Post Göschwitz.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldflaschen, goldhaltige Lappen, überhaupt alle Maltrückstände zum Einschmelzen, kauft bei pünktlicher, reeller Bedienung
Oskar Rottmann, Stadtilm.

Goldflaschen, goldhaltige Lappen, sowie alle Maltrückstände zum Einschmelzen

kauft R. Köhler, Dresden-N., Gerichstr. 8 II.
Reelle Bedienung. — Höfliche Preise. — Sofort Kasse.

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenbg., Rosinenstr. 4
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenbg., Rosinenstr. 4
Druck von Otto Goerte, Charlottenburg, Wallstraße 22